

xpl052 4 pl 275 vvvva DDP0425

Gesundheit/Kinder/

Gesundheitsexperten: Maßnahmen zum Kinderschutz verbesserungswürdig=

Berlin (ddp). Die Maßnahmen zum Kinderschutz müssen im deutschen Gesundheitssystem nach Meinung von Experten deutlich verbessert werden. Vernachlässigung sowie physische und psychische Gewalt gegen Kinder stelle nach wie vor ein sehr gravierendes Gesundheitsproblem dar, sagte der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Eberhard Wille, bei der Übergabe des aktuellen Gutachtens an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) in Berlin. Die derzeitigen ärztlichen Untersuchungen zur Früherkennung seien kein hinreichend zielgerichtetes Instrument, um Misshandlung oder Vernachlässigung zu bemerken oder zu verhindern.

Dem Gutachten mit dem Titel «Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens» zufolge wächst ein Fünftel der rund 700 000 jährlich in Deutschland geborenen Kinder mit erheblichen, vor allem psychosozialen Belastungen auf. Ein wichtiger Grund für gesundheitliche Probleme ist demnach die Kinderarmut. Die Experten plädieren daher unter anderem für Investitionen in möglichst frühe Bildungsangebote. Bei der Arzneimittelversorgung für Kinder kritisieren die Sachverständigen zudem einen «unbegründet breiten Einsatz» von Psychostimulanzien sowie von Antibiotika bei Virusinfekten.

Ferner verweist der Bericht auf die älter werdende Gesellschaft und damit einen wachsenden Anteil chronisch kranker Menschen. Obwohl etwa zwei Drittel der über 65-Jährigen mindestens zwei chronische Erkrankungen habe, gibt es laut Wille kaum Leitlinien. So sei ein Kernproblem bei der Versorgung alter Menschen die unerwünschte Wirkung von Medikamenten. Wille sprach sich für den Einsatz von Listen mit problematischen Arzneimitteln aus.

Die flächendeckende hausärztliche Versorgung sehen die Experten vor allem in Ostdeutschland gefährdet. Um die Versorgung aller auch langfristig zu sichern, schlagen die Gutachter unter anderem ein neues Vergütungsmodell vor. Demnach sollen die unterschiedlichen Leistungserbringer in einer Region für ein gemeinsames Budget arbeiten und nicht mehr einzeln honoriert werden. Ministerin Schmidt betonte, das alte sektorale Denken müsse überwunden werden.

ddp/med/stu

301356 Jun 09